

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Hubert Ulrich (B90/Grüne)

betr.: Umsetzung europaweit einheitlicher Standards bei der Anerkennung von Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen

Vorbemerkung des Fragestellers:

„In Saarbrücken hat kürzlich ein deutsch-französisches Vermittlungsbüro für Arbeitssuchende eröffnet. Die Einrichtung wird gemeinsam mit der französischen Partnerstelle „pôle emploi“ betrieben. Zusätzlich werden in anderen grenznahen Städten im Saarland und in Lothringen weitere Vermittlungsbüros für Arbeitssuchende aufgebaut. Ziel der Einrichtung ist es, den Arbeitsmarkt auf beiden Seiten der Grenze durchlässiger werden zu lassen.“

Gibt es eine Übersicht von vergleichbaren französischen und deutschen Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen?

Zu Frage 1:

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Frankreich wurde im Jahr 2004 eine so genannte "Gemeinsame Erklärung" getroffen, die die gegenseitige Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen zwischen Deutschland und Frankreich im Grundsatz feststellt („Gemeinsame Erklärung des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, der Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers für Bildung, Hochschulwesen und Forschung der Französischen Republik auf dem Gebiet der beruflichen Bildung über die generelle Vergleichbarkeit von französischen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung und deutschen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung sowie Schulrecht der Länder vom 26. Oktober 2004“).

Es handelt sich hierbei allerdings nicht um eine formale Gleichstellung einzelner Berufsabschlüsse, sondern vielmehr darum, dass die im Nachbarland erworbene Qualifikation mit der im Gastland vorhandenen vergleichbar ist. Ziel war es, das Vertrauen der Betriebe in die Qualität der Ausbildung im jeweiligen Nachbarland zu festigen und die Bereitschaft zu erhöhen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Partnerland einzustellen sowie den Beschäftigten die Aufnahme einer Tätigkeit im Nachbarland zu erleichtern und sie zur beruflichen Mobilität zu motivieren.

In der „Gemeinsamen Erklärung“ heißt es, dass nach gemeinsamer Auffassung

- das französische *certificat d'aptitude professionnelle* (CAP) als Abschlusszeugnis einer französischen Berufsfachschule vergleichbar sei mit einem in der dualen Berufsausbildung mit einer Regelausbildungsdauer von zwei Jahren nach § 25 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung erhaltenen deutschen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung
- und das französische *Brevet professionnel* sowie das französische *Baccalauréat professionnel* vergleichbar seien mit einem in der dualen Berufsausbildung mit einer Regelausbildungsdauer von drei bis dreieinhalb Jahren nach § 25 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung erhaltenen deutschen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung sowie einem gleichwertigen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung nach dem Schulrecht der Länder der Bundesrepublik Deutschland, entsprechend dem vom Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegebenen Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe.“

Als Anlage zu Frage 1 sind Informationen bezüglich der Vergleichbarkeit von deutschen und französischen Abschlüssen beigelegt.

Im Anerkennungsportal Anabin finden sich unter <http://anabin.kmk.org/bildungswesen.html?tab=first&land=5> Vergleichsebenen und Einstufungsempfehlungen französischer Schulabschlüsse. So wird beispielsweise das *Diplôme du Brevet* dem Hauptschulabschluss gleichgestellt, das *Baccalauréat* der allgemeinen Hochschulreife. Im berufsbildenden Bereich ist das *Certificat d'enseignement professionnel* (CEP) mit dem Abschluss des Berufsgrundbildungsjahres vergleichbar, wohingegen das *Brevet d'enseignement professionnel* (BEP) dem Abschluss einer zweijährigen Berufsfachschule (mittlerer Bildungsabschluss) entspricht. Das *Certificat d'aptitude professionnelle* (CAP) wird durch Rechtsverordnung des Bundesministers für Wirtschaft vom 12.08.1985 für verschiedene technisch-gewerbliche Berufe dem Abschluss einer deutschen beruflichen Erstausbildung gleichgestellt. Das *Brevet professionnel* (BP) entspricht einer beruflichen Qualifikation auf Meisterebene und das *Brevet de technicien* (BT) einer beruflichen Erstausbildung im industriellen und kaufmännischen Bereich.

Eine Übersetzung deutscher Berufsabschlüsse ins Französische sowie die Beschreibung der beruflichen Handlungsfähigkeiten und Tätigkeitsfelder in französischer Sprache finden sich in den Europass-Zeugniserläuterungen wieder. Die Gesamtheit aller Europass-Zeugniserläuterungen ist unter www2.bibb.de/tools/aab/aabzeliste_de.php abrufbar.

Darüber hinaus wird aktuell die Infobroschüre des MBK „Chancen für die Zukunft – die beruflichen Schulen im Saarland“ vom MFE ins Französische übersetzt.

Die Anerkennung eines reglementierten Berufes ist an den gesetzlichen Nachweis einer bestimmten Befähigung bzw. Qualifikation gebunden. Die Bewertung der Abschlüsse obliegt den nach den einschlägigen Rechtsvorschriften zuständigen Stellen und Behörden. Eine Liste der reglementierten Berufe ist ebenfalls unter www.anabin.de zu finden. Bei Berufen, die nicht reglementiert sind, d. h. der Berufszugang oder die Ausübung des Berufes ist nicht an den Nachweis einer bestimmten Befähigung bzw. Qualifikation gebunden und bedarf somit keiner behördlichen Anerkennung, entscheidet im Regelfall der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin, ob die erlangte Qualifikation den Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes entspricht. Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) führt für Privatpersonen auf Antrag Zeugnisbewertungen durch. Diese vergleichende Einstufung durch die ZAB kann Inhabern ausländischer Bildungsabschlüsse den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern. Die Zeugnisbewertung nennt den deutschen Bildungsabschluss, mit dem der ausländische vergleichbar ist und informiert zusätzlich über Möglichkeiten der Fortsetzung des Studiums sowie Verfahren zur beruflichen Anerkennung.

Einzelpersonen, Unternehmen, Verbände, Organisationen und Institutionen können sich mit Fragen der Anerkennung ausländischer Qualifikationen (Schul-, Berufs- und Hochschulqualifikationen) an die saarländische Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen wenden ([saarland.innovation&standort e.V.](http://saarland.innovation&standort.e.v) /IQ Netzwerk Saarland). Die Servicestelle informiert und begleitet bei der Klärung von Fragen rund um das Anerkennungsverfahren.

Wie wird die Akzeptanz französischer Schul-, Berufs- und Studienabschlüsse bei der saarländischen Privatwirtschaft eingeschätzt, und gibt es hierzu verbindliche Vorgaben?

Zu Frage 2:

Zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union besteht die so genannte Freizügigkeit am Arbeitsmarkt. Daher bedarf es zur Arbeitsaufnahme eines Arbeitsverhältnisses innerhalb der Europäischen Union nicht der formellen Anerkennung eines ausländischen Zeugnisses (im Bereich der nicht reglementierten Berufe).

Der HWK des Saarlandes liegen zur Akzeptanz französischer Berufsabschlüsse in der saarländischen Privatwirtschaft keine belastbaren Erhebungen vor.

Nach Einschätzung der IHK Saarland werden die in Frankreich absolvierten Berufsausbildungen hier in der Regel von den Unternehmen grundsätzlich anerkannt. Jedoch würde die Problematik bestehen, dass die sehr theoretisch ausgelegte französische Ausbildung im nichtakademischen Bereich dazu führt, dass französischen Absolventen oftmals die entsprechende Berufspraxis fehlt.

Zum Bereich der Berufsabschlüsse haben praktische Erfahrungen gezeigt, dass französische Absolventen eines Bac professionnel oder gar Bac général in Deutschland häufig noch einmal eine komplette zwei- oder dreijährige Ausbildung durchlaufen ohne Verkürzung.

Welche Maßstäbe gelten für die saarländische Landesregierung bei der Einstellung nichtdeutscher Bewerber in den öffentlichen Dienst? Hierbei bitte die Maßstäbe für französischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gesondert darstellen.

Zu Frage 3:

Bewerben sich französische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auf die Ausschreibung einer Beamtenstelle, so können diese jederzeit bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen in den öffentlichen Dienst eingestellt werden.

Der Deutschenvorbehalt wurde im saarländischen Beamtenrecht im Jahr 1995 als Konsequenz aus Artikel 48 des EG-Vertrages aufgegeben und die Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaates der EU den deutschen Staatsbürgern gleichgestellt (vgl. § 7 des Saarländischen Beamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung, jetzt § 7 des Beamtenstatusgesetzes – BeamStG). Gleiches gilt für Bewerberinnen und Bewerber, die die Staatsangehörigkeit eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines Drittstaates, dem Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Anspruch auf Anerkennung von Berufsqualifikationen eingeräumt haben, besitzen.

Ausnahmsweise können auch andere als die vorstehenden Bewerberinnen und Bewerber zugelassen werden, wenn für die Gewinnung der Beamtin oder des Beamten ein dringendes dienstliches Interesse besteht oder bei der Berufung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern und anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in das Beamtenverhältnis andere wichtige Gründe vorliegen.

Ausnahmsweise dürfen nach § 7 Abs. 2 BeamStG, wenn die Aufgaben es erfordern, nur Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes in das Beamtenverhältnis berufen werden. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn wesensbestimmende Strukturen des Staates berührt sind, z.B. die innere oder die äußere Sicherheit.

Für den Bereich der Einstellungen in den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird bereits seit einigen Jahren der Gesetzesänderung aus dem Jahre 1995 Rechnung getragen, wonach Angehörige von Staaten der Europäischen Union Deutschen gleichgestellt werden. In Ausnahmefällen, d. h. sofern ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht, können auch Bewerber, die weder die deutsche, noch die Staatsbürgerschaft eines EU- Staates besitzen, in die saarländische Polizei eingestellt werden. Von dieser Ausnahme wurde in vorangehenden Jahren vereinzelt Gebrauch gemacht.

Im Tarifbereich gelten die gleichen Maßstäbe im Sinne des Anforderungsprofils einer Stellenausschreibung für deutsche und nichtdeutsche Bewerber.

Wie viele nichtdeutsche Angestellte gibt es bereits im Landesdienst, und wie viele Bewerbungen auf Stellenausschreibungen von nichtdeutschen Bewerbern gab es seit 2012? Hierbei bitte die Zahlen der französischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gesondert darstellen.

Zu Frage 4:

Die Anzahl der nichtdeutschen Angestellten im Landesdienst stellt sich wie folgt dar:

Ressort	Dienststelle	Anzahl und Staatsangehörigkeit
MFE	LZD	2 x französisch 3 x italienisch 1 x türkisch
MfIS	LaVA LPP	1 x italienisch 1 x griechisch 10 x nichtdeutsch, davon 4 x französisch
MdJ	Saarländische Klinik für Forensische Psychiatrie (SKFP)	4 x nichtdeutsch davon 1 x französisch
MSGFuF	LAS MSGFuF	1 x französisch 1 x türkisch Bis Mitte des Jahres gab es 1 Person mit franz. Staatsangehörigkeit, die zwischenzeitlich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat
MUV		5 x nichtdeutsch davon 1 x französisch
Staatskanzlei	Büro II Büro II	1 x französisch 1 x französisch (Hilfskraft - nur 6 Wochen eingesetzt)
MWAEV	MWAEV DFS LFS OBA/BA 1	2 x französisch 1 x italienisch 3 x französisch 1 x französisch 2 x italienisch 1 x türkisch 1 x schweizerisch
MBK	Allgemeinbildende Schulen	69 x nichtdeutsch, davon 35 x französisch

Die Anzahl der Bewerbungen auf Stellenausschreibungen von nichtdeutschen Bewerbern seit 2012 werden beim Ministerium für Finanzen und Europa, Ministerium für Inneres und Sport (ohne Polizeibereich), Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr sowie beim Ministerium der Justiz nicht erfasst.

Die Anzahl der Bewerbungen von nichtdeutschen Bewerbern für den Bereich des gehobenen Polizeivollzugsdienstes stellt sich wie folgt dar:

2012: 25 nichtdeutsche Bewerber davon 2 französische Staatsbürger,
2013: 17 nichtdeutsche Bewerber davon keine französischen Staatsbürger,
2014: 27 nichtdeutsche Bewerber davon 2 französische Staatsbürger.

Bei der Saarländischen Klinik für Forensische Psychiatrie (SKFP) gab es seit 2012 insgesamt 5 nichtdeutsche Bewerbungen, davon stammte eine –zudem erfolgreiche – von einem französischen Staatsangehörigen.

Bei der Staatskanzlei haben sich seit 2012 keine Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit beworben.

Beim Ministerium für Bildung und Kultur gibt es aktuell 24 Bewerberinnen und Bewerber für den saarländischen Schuldienst mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit; 8 davon haben die französische Staatsangehörigkeit (zwei davon im Vorbereitungsdienst). Seit 2012 gab es insgesamt 30 Bewerber/-innen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit; davon 10 mit französischer Staatsangehörigkeit.
Bei den beruflichen Schulen gab es seit 2012 lediglich einen Bewerber ohne deutsche Staatsbürgerschaft für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst.

Wie wurden deren Schul-, Berufs- bzw. Studienabschlüsse anerkannt und nach welchen Maßstäben bzw. auf welcher Grundlage erfolgte die tarifliche Einstufung? Hierbei bitte die Maßstäbe für französische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gesondert darstellen.

Zu Frage 5:

Für Eingruppierung und Einstufung von Tarifbeschäftigten gelten die tarifrechtlichen Regelungen, die auch für Deutsche gelten. Die Schul-, Berufs- bzw. Studienabschlüsse aus dem Ausland werden nach einer entsprechenden Bescheinigung des Bildungsministeriums oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister (Bonn) anerkannt. Grundsätzlich werden die Studieninhalte des im Ausland erworbenen Abschlusses mit dem Studieninhalt eines vergleichbaren deutschen Studienganges verglichen und entschieden, welchem deutschen Abschluss der ausländische Abschluss gleichgestellt werden kann. In der Regel genügt die Vorlage der Abschlüsse in Kopie sowie eine Übersetzung in die deutsche Sprache, die von einem vereidigten Übersetzer unterzeichnet ist.

Für den Bereich der Saarländischen Klinik für Forensische Psychiatrie (SKFP) gilt Folgendes:

Für Einstellungen von Ärztinnen und Ärzten ist eine vom Landesamt für Soziales als nachgeordnete Behörde des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ausgestellte Approbationsurkunde vorzulegen. Generell erfolgt die tarifliche Entlohnung in der SKFP für nichtdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie bei den deutschen Beschäftigten.

Für Bereich des Ministeriums für Bildung und Kultur gilt Folgendes:

Nach § 7 Absatz 5 des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetzes (SLBiG) erfolgt die Anerkennung sowie die Gleichstellung mit der entsprechenden Lehramtsbefähigung nach dem SLBiG insbesondere in den Fällen, in denen die Ausbildung für den Beruf der Lehrkraft in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften von Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates absolviert wurde, nach Maßgabe der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Lehrerbereich (EG-RL-VO-Lehrer).

Liegen die Voraussetzungen des § 7 Absatz 5 SLBiG nicht vor, so stellt das Ministerium für Bildung und Kultur gemäß § 7 Absatz 4 SLBiG im jeweiligen Einzelfall fest, ob eine im Ausland erworbene Lehramtsbefähigung der Befähigung zu einem Lehramt nach dem SLBiG entspricht.

Im Falle der Anerkennung und Gleichstellung der Lehramtsbefähigung nach der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Lehrerbereich (EG-RL-VO-Lehrer) besteht die Möglichkeit zur Einstellung der Lehrkraft im Beamtenverhältnis. Im Falle einer tariflichen Einstufung erfolgt diese nach Maßgabe des für Lehrkräfte einschlägigen Eingruppierungserlasses; für die Eingruppierung ist die Frage der Staatsangehörigkeit ohne Bedeutung.

Wie unterscheidet sich bei der Anerkennung von Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen das Verfahren bei EU-Inländern und EU-Ausländern?

Zu Frage 6:

Verfahren bei der Anerkennung von Schulabschlüssen:

Unterschiede im Verfahren bei der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse zwischen EU-Inländern und EU-Ausländern sind unter dem Gesichtspunkt eventueller europarechtlicher Regelungen nicht bekannt.

Verfahren bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen:

Unterschiede im Verfahren ergeben sich insoweit, als für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die Sonderregelungen der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie (2005/36/EG) gelten (in Verbindung mit der Richtlinie 2006/100/EG), die die berufliche Anerkennung im Bereich der sogenannten reglementierten Berufe regelt. Sie gilt für alle Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates der EU, des sonstigen Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz, die ihre Qualifikation in einem Mitgliedstaat erworben haben, und gewährleisten ihnen den Zugang zu demselben Beruf unter denselben Voraussetzungen wie Inländern. In Deutschland ist die Richtlinie in den beruflichen Fachgesetzen und Verordnungen umgesetzt worden. Aktuell wird die Richtlinie reformiert. Eine Neuerung der Reform ist die Einführung von Berufsausweisen. Insbesondere mobile Berufsgruppen wie Ingenieure werden Nutznießer der neuen Berufsausweise sein. Darüber hinaus ergeben sich für EU-Angehörige aus der Niederlassungsfreiheit Erleichterungen gegenüber Nicht-EU-Angehörigen: Wenn sich EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat niederlassen und dort ihre Tätigkeit in einem reglementierten Beruf dauerhaft ausüben wollen, können sie die Niederlassungsfreiheit für sich in Anspruch nehmen.

In einem solchen Fall sieht die Europäische Union bei sieben sogenannten „sektoralen“ Berufen (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Krankenpfleger, Hebammen, Architekten) eine automatische Anerkennung der im Anhang der o. g. Richtlinie aufgelisteten Berufsqualifikationen vor. Denn für diese Berufe gibt es in der gesamten Europäischen Union einheitliche Ausbildungsstandards. Für alle anderen reglementierten Berufe ist eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation durch die zuständigen Anerkennungsstellen vorgesehen.

Alle Länder der EU haben eine Informationsstelle eingerichtet, die im Sinne der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie Auskunft über Bildungsabschlüsse und berufliche Berechtigungen im eigenen Staat geben. In Deutschland hat die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) der Kultusministerkonferenz diese Rolle übernommen.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen des Bundes sowie auch des Saarlandes werden die Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich vereinfacht, vereinheitlicht und für bisher nicht anspruchsberechtigte Zielgruppen geöffnet. Das Anerkennungsgesetz ist ein Artikelgesetz.

In Artikel 1 wird im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) das Verfahren und Kriterien für die Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit dem jeweiligen deutschen Referenzberuf geregelt. Es wird erstmalig und übergreifend ein allgemeiner Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren geschaffen. Einen entsprechenden Anspruch gab es bisher nur für EU- Bürger bzw. EU-Abschlüsse in den reglementierten Berufen (EU-Berufsanerkennungsrichtlinie) sowie für Spätaussiedler (§ 10 BVFG). Damit weitet das Anerkennungsgesetz die Ansprüche auf Anerkennungsverfahren zur Gleichwertigkeitsprüfung ausländischer Berufsqualifikationen erheblich aus. Neu ist dies vor allem für Qualifikationen aus Nicht-EU-Ländern (Drittstaaten). Die Gleichwertigkeit der mitgebrachten Qualifikationen wird nach weitgehend einheitlichen Kriterien und in einem möglichst einheitlichen Verfahren beurteilt. Der Berufszugang wird durch das Gesetz in fast allen Berufen von der Staatsangehörigkeit entkoppelt. Ausschlaggebend ist künftig nur der Inhalt und die Qualität der Berufsqualifikationen der Antragsteller, nicht aber ihre Staatsangehörigkeit oder Herkunft.

Artikel 2 enthält Anpassungen und Änderungen in den berufsrechtlichen Fachgesetzen. In diesen Fachgesetzen gab es vor Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes aufgrund von Vorgaben des Europarechts (insbesondere EU-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) zum Teil bereits Regelungen für die Anerkennung europäischer Berufsqualifikationen. Durch das Anerkennungsgesetz werden diese Verfahren soweit erforderlich und möglich für Qualifikationen bzw. Staatsangehörige aus Ländern außerhalb der Europäischen Union, den sogenannten Drittstaaten, geöffnet

Verfahren bei der Anerkennung von Studienabschlüssen:

Bei der Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse ist die Lissabonner Anerkennungskonvention – amtlich das „Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ – zu beachten, die am 11. April 1997 von mehreren europäischen Staaten verabschiedet wurde. Die Konvention, die vom Europarat und der UNESCO initiiert wurde, gilt als erstes allgemeines völkerrechtliches Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von ausländischen Studienleistungen und -abschlüssen. In Deutschland ist die Konvention am 1. Oktober 2007 in Kraft getreten. Sie sieht die erleichterte Anerkennung von ausländischen Studienleistungen und -abschlüssen vor. Die Konvention zielt einerseits auf die Anerkennung zum Zweck des Hochschulzugangs und andererseits auf die Bewertung von Hochschulqualifikationen zum Zweck des Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt.

Zuständig für die Anerkennung zum Zweck des Hochschulzugangs, des Zugangs zu weiterführenden Studien wie auch für die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen sind die Hochschulen. Die Führung ausländischer Hochschulgrade ist in den Landeshochschulgesetzen geregelt. Auf Grundlage der Lissabon-Konvention stellt die Zentralstelle für ausländische Bildungswesen (ZAB) der Kultusministerkonferenz individuelle Zeugnisbewertungen für abgeschlossene ausländische Hochschulausbildungen aus allen Staaten der Welt aus. Eine Zeugnisbewertung der ZAB kann den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt mit einer ausländischen Hochschulqualifikation erleichtern.

Unterschiede im Verfahren der Anerkennung von Studienabschlüssen zwischen EU-In- und –Ausländern sind hier nicht bekannt. Insbesondere handelt es sich bei der o. g. Anerkennungskonvention nicht um einen EU-Rechtsakt, sondern um ein völkerrechtliches Abkommen europäischer Staaten.

Ein ausländischer Hochschulgrad, der aufgrund einer Prüfung im Anschluss an ein tatsächlich absolviertes Studium von einer nach dem Recht des Herkunftslandes anerkannten Hochschule ordnungsgemäß verliehen wurde, kann in der Form, in der er verliehen wurde, unter Angabe der verleihenden Einrichtung geführt werden (sog. gesetzliche Führungsgenehmigung nach § 63 Absatz 1 des Saarländischen Universitätsgesetzes - UG). Äquivalenzabkommen und Vereinbarungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland, die Inhaber ausländischer Grade begünstigen, gehen dieser Regelung vor (s. § 63 Absatz 3 UG). Hiernach können insbesondere Hochschulgrade aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums in der Originalform ohne die ansonsten notwendige Herkunftsbezeichnung geführt werden.

Für den Sonderbereich des juristischen Vorbereitungsdienstes sind seitens des Landesprüfungsamtes für Juristen folgende Ausführungen zur Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen zu machen, die insbesondere auch für französische Staatsangehörige gelten:

Voraussetzung für eine Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst ist grundsätzlich das Bestehen der ersten Prüfung nach § 5 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG). Die Anerkennung oder förmliche Gleichstellung eines im Ausland erworbenen juristischen Studienabschlusses ist – abgesehen von einer Sonderregelung für Spätaussiedler – ausgeschlossen.

Eine Ausnahme regelt § 112 a DRiG. Danach können Antragstellerinnen und Antragsteller, die ein rechtswissenschaftliches Universitätsdiplom eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz besitzen, welches dort den Zugang zur postuniversitären Ausbildung für den Beruf des europäischen Rechtsanwalts gemäß § 1 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) eröffnet, auf Antrag zum Vorbereitungsdienst zugelassen werden, wenn ihre Kenntnisse und Fähigkeiten den durch die bestandene Pflichtfachprüfung nach § 5 Abs. 1 DRiG bescheinigten Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Es muss insoweit eine umfassende (Gleichwertigkeits- und/oder Eignungs-) Prüfung erfolgen, ob und inwieweit die bereits erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Antragstellerin bzw. des Antragstellers die für die Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.

Für den Eintritt in die Gleichwertigkeits- und/oder Eignungsprüfung muss gemäß § 112 a Abs. 1 DRiG bei der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller folgende formelle Voraussetzung vorliegen: Besitz eines rechtswissenschaftlichen Universitätsdiploms, das in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz erworben wurde und dort den Zugang zur postuniversitären Ausbildung für den Beruf des europäischen Rechtsanwalts gemäß § 1 EuRAG eröffnet.

Liegt diese Voraussetzung vor, muss die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ferner nachweisen, dass sie/er über Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich des deutschen Zivilrechts, Strafrechts und Öffentlichen Rechts (einschließlich der jeweiligen Verfahrensordnungen) verfügt, die den durch die bestandene staatliche Pflichtfachprüfung bescheinigten Kenntnissen und Fähigkeiten – diese ergeben sich im Einzelnen aus der Auflistung der Gegenstände der Pflichtfachprüfung im saarländischen Juristenausbildungsgesetz (JAG) – gleichwertig sind.

Die Feststellung, ob die Antragstellerin/der Antragsteller über gleichwertige Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt (Gleichwertigkeitsprüfung), erfolgt grundsätzlich in zwei Stufen:

Auf der ersten Stufe (§ 112 a Abs. 2 S. 1, Abs. 1 DRiG) werden die vorgelegten Diplome, Prüfungszeugnisse, sonstigen Befähigungsnachweise und eine etwaige einschlägige Berufserfahrung daraufhin geprüft, ob und inwieweit sie gleichwertige Kenntnisse im vorgenannten Sinne bescheinigen. Eine vollständige Gleichwertigkeit besteht allerdings nur dann, wenn Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Niveau und in der gesamten Breite der staatlichen Pflichtfachprüfung nachgewiesen sind. Deshalb wird es – selbst wenn eine Antragstellerin/ein Antragsteller in einzelnen Bereichen vertiefte Kenntnisse und Fähigkeiten haben mag – häufig an einer vollständigen Gleichwertigkeit fehlen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass bei der durchzuführenden Prüfung zumindest eine teilweise Gleichwertigkeit, nämlich beschränkt auf den Bereich des deutschen Zivilrechts bzw. des Strafrechts oder des Öffentlichen Rechts (einschließlich der jeweiligen Verfahrensordnungen) festgestellt wird.

In denjenigen der drei Rechtsgebiete, in denen eine Gleichwertigkeit nicht belegt ist, ist in einer zweiten Stufe (§ 112 a Abs. 2, Abs. 3 DRiG) das Vorhandensein entsprechender Kenntnisse und Fähigkeiten durch das Ablegen einer Eignungsprüfung nachzuweisen. Diese erfolgt durch Fertigung der entsprechenden Klausuren der staatlichen Pflichtfachprüfung nach näherer Maßgabe der geltenden Prüfungsordnung. Weder beim Inhalt der Aufsichtsarbeiten noch bei den zugelassenen Hilfsmitteln oder bei der Bewertung gibt es insoweit Unterschiede. Es sind die Bestimmungen des saarländischen Juristenausbildungsgesetzes (JAG) maßgeblich, soweit sich aus § 112 a DRiG nichts Abweichendes ergibt.

Im Falle des Bestehens der Eignungsprüfung wird darüber eine Bescheinigung erteilt. Eine Note wird darin nicht festgesetzt. Mit dieser Bescheinigung kann in jedem Bundesland die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst beantragt werden.

Eine nicht bestandene Eignungsprüfung kann einmal wiederholt werden, § 112 a Abs. 5 DRiG.

In den vergangenen Jahren sind im Saarland insgesamt drei Anträge auf Gleichwertigkeits- und Eignungsprüfung gemäß § 112 a DRiG zur Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst gestellt worden. In keinem Fall konnte eine vollständige Gleichwertigkeit im Sinne der ersten Stufe festgestellt werden. Die Bewerberinnen/Bewerber mussten sich daher jeweils der Eignungsprüfung vor dem hiesigen Landesprüfungsamt für Juristen unterziehen. Zwei von ihnen konnten die Eignungsprüfung erfolgreich absolvieren, einer davon die zweite juristische Staatsprüfung mit Erfolg bestehen.

Im Folgenden ist dargestellt, unter welchen Voraussetzungen Angehörige aus anderen Staaten Rechtsdienstleistungen in Deutschland erbringen können.

Staatsangehörige aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz sowie aus anderen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes, die berechtigt sind, als Rechtsanwalt unter der Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates selbständig tätig zu sein, können in Deutschland nach Maßgabe des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) als Rechtsanwalt tätig werden.

Die Voraussetzungen und Bedingungen für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in Deutschland unterscheiden sich dabei je nachdem, ob der Rechtsanwalt seinen Beruf dauerhaft in Deutschland ausüben möchte (Niederlassung, §§ 2 – 24 EuRAG) oder ob er in Deutschland nur vorübergehend anwaltliche Dienstleistungen erbringen möchte (Dienstleistung, §§ 25 – 35 EuRAG).

Will sich ein Rechtsanwalt, der bei der zuständigen Stelle seines Herkunftsstaates als europäischer Rechtsanwalt eingetragen ist, zur Ausübung des Anwaltsberufs in Deutschland niederlassen, muss er die Aufnahme zur Anwaltschaft bei der örtlich zuständigen Rechtsanwaltskammer beantragen.

Nach der Aufnahme ist er gemäß § 2 Abs. 1 EuRAG befugt, in Deutschland unter der Berufsbezeichnung seines Herkunftsstaates (vgl. hierzu § 5 EuRAG) die Tätigkeit eines Rechtsanwalts gemäß §§ 1 bis 3 BRAO auszuüben und unterliegt den in der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) geregelten berufsrechtlichen Rechten und Pflichten. Will der in Deutschland niedergelassene europäische Rechtsanwalt die anwaltliche Tätigkeit unter der von der Bundesrechtsanwaltsordnung vorgesehenen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ ausüben, kann er unter den Voraussetzungen der §§ 11 ff. EuRAG die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach §§ 6- 42 BRAO beantragen.

Regelmäßig erfolgt die Zulassung nach dreijähriger Tätigkeit als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt. Voraussetzung ist, dass er eine mindestens dreijährige effektive und regelmäßige Tätigkeit als niedergelassener Rechtsanwalt in Deutschland auf dem Gebiet des deutschen Rechts, einschließlich des Gemeinschaftsrechts, nachweisen kann. Der Antragsteller hat dabei nach § 12 Abs. 1 EuRAG die Anzahl und die Art der von ihm im deutschen Recht bearbeiteten Rechtssachen sowie die Dauer seiner Tätigkeit nachzuweisen. Zum Nachweis der im deutschen Recht bearbeiteten Rechtssachen sind Falllisten vorzulegen, die regelmäßig folgende Angaben enthalten müssen: Aktenzeichen, Gegenstand, Zeitraum, Art und Umfang der Tätigkeit, Sachstand. Ferner sind auf Verlangen der Rechtsanwaltskammer anonymisierte Arbeitsproben vorzulegen.

Möglich ist allerdings auch eine Zulassung nach dreijähriger Tätigkeit als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt bei kürzerer Tätigkeit im deutschen Recht. Wer mindestens drei Jahre effektiv und regelmäßig als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in Deutschland tätig war, sich dabei im deutschen Recht jedoch nur für kürzere Zeit betätigt hat, wird nach den Vorschriften der §§ 6 bis 42 der BRAO auf Antrag zur Rechtsanwaltschaft zugelassen, wenn er seine Fähigkeit, die Tätigkeit weiter auszuüben, gemäß §§ 14 und 15 EuRAG nachweist.

Neben dem Nachweis von Anzahl und Art der im deutschen Recht bearbeiteten Fälle gemäß § 12 EuRAG hat der Antragsteller der Rechtsanwaltskammer alle Auskünfte zu erteilen und alle Unterlagen zu übermitteln, die als Nachweis für seine Kenntnisse und Berufserfahrungen im deutschen Recht geeignet sind.

Darüber hinaus überprüft die Rechtsanwaltskammer in einem Gespräch, ob der Antragsteller effektiv und regelmäßig als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in Deutschland auf dem Gebiet des deutschen Rechts tätig war und ob er imstande ist, diese Tätigkeit weiter auszuüben.

Eine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ist auch mittels einer Eignungsprüfung gemäß §§ 16 ff. EuRAG möglich. Voraussetzung für die Zulassung zur Eignungsprüfung ist, dass der Antragsteller als Angehöriger eines Mitgliedstaates der EU, der Schweiz oder eines Vertragsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes in seinem Herkunftsland eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, die zum unmittelbaren Zugang zum Beruf eines europäischen Rechtsanwalts berechtigt.

Der Antrag auf Zulassung ist an ein für die zweite juristische Staatsprüfung zuständiges Prüfungsamt zu richten (§ 18 Abs. 1 EuRAG). Mehrere Länder können nach Abs. 2 der Vorschrift durch Vereinbarung ein gemeinsames Prüfungsamt bilden; hiervon hat das Saarland Gebrauch gemacht. Demgemäß ist das Gemeinsame Prüfungsamt der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft mit Sitz in Düsseldorf zuständig.

Will sich ein Rechtsanwalt aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, aus der Schweiz oder aus einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes in Deutschland als Anwalt nicht niederlassen, sondern nur vorübergehend hier tätig werden, finden die §§ 25 ff. EuRAG Anwendung.

So genannte dienstleistende europäische Rechtsanwälte können unter der Berufsbezeichnung ihres Heimatstaates vorübergehend die Tätigkeiten eines Rechtsanwalts ausüben (§ 27 Abs. 1 EuRAG).

Zur Führung gerichtlicher Verfahren sowie behördlicher Verfahren wegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Dienstvergehen oder Berufspflichtverletzungen, in denen der Mandant den Rechtsstreit nicht selbst führen oder sich verteidigen kann, benötigt der dienstleistende europäische Rechtsanwalt gemäß § 28 Abs. 1 EuRAG einen deutschen Rechtsanwalt, mit dessen Einvernehmen er handeln darf (Einvernehmensanwalt). Der Einvernehmensanwalt hat darauf zu achten, dass der europäische Anwalt bei der Vertretung oder Verteidigung die Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege beachtet.

Angehörige eines Mitgliedstaats der WHO können sich unter den Voraussetzungen der §§ 206 ff. BRAO unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates in Deutschland niederlassen, wenn sie auf Antrag in die für den Ort der Niederlassung zuständige Rechtsanwaltskammer aufgenommen worden sind. Voraussetzung für die Aufnahme ist, dass sie in ihrem Herkunftsstaat einen Beruf ausüben, der in der Ausbildung und den Befugnissen dem Beruf des Rechtsanwalts nach der BRAO entspricht.

Die Aufnahme in die deutsche Rechtsanwaltskammer berechtigt dazu, unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates Rechtsberatung und Rechtsbesorgung auf den Gebieten des Rechts des Herkunftsstaates und des Völkerrechts vorzunehmen (vgl. § 206 Abs. 1 BRAO).

Zur Wahrnehmung von Rechtsberatungen und Rechtsbesorgung auf anderen Rechtsgebieten besteht hingegen keine Berechtigung.

Gemäß § 206 Abs. 2 BRAO können Rechtsanwälte aus sonstigen Staaten nur dann nach § 206 Abs. 1 BRAO in eine deutsche Rechtsanwaltskammer aufgenommen werden, wenn die Gegenseitigkeit mit dem Herkunftsstaat verbürgt ist. Die Befugnis zur Rechtsbesorgung ist auf das Recht des Herkunftsstaates beschränkt.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, haben Rechtsanwälte aus sonstigen Staaten lediglich die Möglichkeit, sich bei der zuständigen Stelle für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen in einem ausländischen Recht gemäß § 10 Abs. 1 Ziffer 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes registrieren zu lassen.

Für den Sonderbereich der Lehrkräfte, die ihre Lehramtsbefähigung außerhalb der EU erworben haben, besteht ebenfalls die Möglichkeit, die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zu kontaktieren. Dies kann entweder durch die Personen selbst oder durch das Staatliche Prüfungsamt für das Lehramt an Schulen geschehen. Die ZAB dokumentiert stets eine (bedingte) Vergleichbarkeit mit deutschen Abschlüssen oder gravierende Unterschiede. Hiervon ausgehend wird im letzteren Fall den potenziellen Bewerbern mitgeteilt, welche Nachqualifikationen für eine Anerkennung und Gleichstellung noch erforderlich sind.

Gibt es bei der Einstellung bzw. Eingruppierung in den öffentlichen Dienst des Saarlandes weiterer Harmonisierungsbedarf bei der Anpassung deutscher Schul-, Berufs- bzw. Studienabschlüssen an die europäischen Standards?

Zu Frage 7:

Bei der Einstellung bzw. Eingruppierung in den öffentlichen Dienst des Saarlandes gibt es nach Auffassung der Ressorts keinen weiteren Harmonisierungsbedarf bei der Anpassung deutscher Schul-, Berufs- bzw. Studienabschlüssen an die europäischen Standards.

Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen ein vergleichbarer ausländischer Schul-, Berufs- bzw. Studienabschluss bei der Einstellung bzw. Eingruppierung in den öffentlichen Dienst als höherwertig anerkannt ist/wurde, als der eigentlich vergleichbare deutsche Schul-, Berufs- bzw. Studienabschluss?

Zu Frage 8:

Den Ressorts sind keine Fälle bekannt, in denen ein vergleichbarer ausländischer Schul-, Berufs- bzw. Studienabschluss bei der Einstellung bzw. Eingruppierung in den öffentlichen Dienst als höherwertig anerkannt ist/wurde, als der eigentlich vergleichbare deutsche Schul-, Berufs- bzw. Studienabschluss.

ANLAGE

Gemeinsame Erklärung

**des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten
im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit,
des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung der
Bundesrepublik Deutschland**

und

**des Ministers für Jugend, Erziehung und Forschung
der Französischen Republik**

**über Fortschritte der Arbeiten auf dem Gebiet der Transparenz und
Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung**

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für Jugend, Erziehung und Forschung der Französischen Republik

- Bezug nehmend auf die Gemeinsame Erklärung über die Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung vom 19. September 1997,
- in dem Bestreben, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und ihre Mobilität in Ausbildung und Beruf in einem zusammenwachsenden Europa weiter zu fördern, insbesondere durch die verbesserte Akzeptanz der beruflichen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt des Partnerlandes,
- in Würdigung der Erfahrungen der Regierungen aus ihrer bilateralen Zusammenarbeit und des daraus gewonnenen Vertrauens in die Qualität der beruflichen Abschlüsse im Bildungswesen des Partnerlandes,
- in dem Bestreben, die bereits geltenden Bestimmungen für Transparenz und Vergleichbarkeit der Abschlüsse dem ständigen Erneuerungsbedarf der beruflichen Qualifikationen in beiden Länder anzupassen,

würdigen die in kurzer Zeit erreichten Fortschritte bei den Arbeiten zur Transparenz von beruflichen Qualifikationen, insbesondere bezüglich der Vergleichbarkeit von Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen in Deutschland mit dem Baccalauréat Professionnel sowie dem Brevet Professionnel in Frankreich, wie sie mit der beiliegenden Liste beabsichtigt ist

und streben an, die Arbeiten zur Transparenz zügig fortzusetzen mit dem Ziel, durch baldige Herbeiführung einer allgemeinen Regelung zur Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen die berufliche Mobilität erheblich zu erleichtern.

Berlin, den 18. September 2003

Der Bevollmächtigte
der Bundesrepublik Deutschland
für kulturelle Angelegenheiten
im Rahmen des Vertrages über
die deutsch-französische
Zusammenarbeit

Der Minister
für Jugend, Erziehung
und Forschung
der Französischen Republik

Der Staatssekretär
im Bundesministerium
für Bildung und Forschung
der Bundesrepublik Deutschland

**BERUFSBEZOGENE BACCALAUREATS
UND ENTSPRECHENDE DEUTSCHE ABSCHLUSSPRÜFUNGEN**

BACCALAUREATS PROFESSIONNELS CORRESPONDANT AUX DIPLÔMES ALLEMANDS

Nb	Bac professionnel	Métier français	Métier allemand	Diplôme allemand
1	Bâtiment : métal-alu-verre-matériaux de synthèse	Métallier	Monteur en façades	Fassadenmonteur/Fassadenmonteurin
2	Bois-construction et aménagement du bâtiment	Menuisier	Ouvrier en menuiserie	Tischler
3	Construction bâtiment gros œuvre	Constructeur gros œuvre	Constructeur (trice) en béton et béton armé	Beton- und Stahlbetonbauer/Beton- und Stahlbetonbauerin
4	Energétique option : installation des systèmes énergétiques option : maintenance et gestion des systèmes énergétiques	Plombier Chauffagiste Frigoriste	Installateur eau et gaz Installateur chauffage et climatisation Installateur de systèmes frigorifiques	Gas und Wasserinstallateur Zentralheizungs- und Lüftungsbauer Kälteanlagebauer
		Technicien de maintenance	Technicien de maintenance	Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice, ..
5	Equipements et installations électriques	Electricien	Monteur en installations électriques	Elektroinstallateur
6	Impression	Imprimeur	Imprimeur	Drucker / Druckerin
7	Logistique et transport	Logisticien	Commissionnaire de transport	Speditionskaufmann
8	Maintenance de l'audiovisuel électronique	Maintenance de l'audiovisuel électronique	Electronicien des systèmes d'information et de télécommunication	Informations- und Telekommunikationssystem – Elektroniker
9	Micro informatique et réseaux: installation et maintenance	Technicien d'installation et de maintenance des systèmes informatiques et des réseaux	Informaticien spécialisé	Fachinformatiker
10	MSMA (maintenance des systèmes mécaniques automatisés)	Technicien de maintenance des systèmes mécanisés	Mécatronicien	Mechatroniker
11	Outils de mise en forme des matériaux	Ouilleur	Ouilleur	Werkzeugmechaniker
12	Productique mécanique (usinage ; décolletage)	Technicien de production	Mécanicien de fabrication	Fertigungsmechaniker
13	Réalisation d'ouvrages chaudronnés et de structures métalliques	Chaudronnier Métallier, serrurier	Mécanicien des installations : technique de soudure	Konstruktionsmechaniker/Konstruktionsmechanikerin der Fachrichtungen
14	Restauration	Technicien de restauration	Technicien de restauration	Restaurantfachmann
15	Vente (prospection - négociation - suivie de clientèle)	Agent commercial	Agent commercial du secteur automobile	Automobilkaufmann/Automobilkauffrau
16	Artisanat et métiers d'art : arts de la pierre	Tailleur de pierre	Conducteur de machine à traiter les pierres de taille	Steinmetz / Naturwerksteinmechaniker
17	Productique des matériaux souples	Technicien de production sur matériaux souples	Technicien de l'ennoblissement des textiles	Textilveredler/Textilveredlerin
18	Traitements de surfaces	Technicien de traitement de surface	Technicien de traitement de surface	Verfahrensmechaniker Beschichtungstechnik

FACHARBEITERPRÜFUNGEN UND ENTSPRECHENDE DEUTSCHE ABSCHLUSSPRÜFUNGEN

BREVETS PROFESSIONNELS CORRESPONDANT AUX DIPLÔMES ALLEMANDS

Nb	Brevet professionnel	Métier français	Métier allemand	Diplôme allemand
1	Carreleur mosaïste	Carreleur mosaïste	Carreleur mosaïste	Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin
2	Carrosserie	Carrossier	Carrossier	Karosserie und Fahrzeugbauer
3	Charpentier	Charpentier	Charpentier (h/f)*	Zimmerer/Zimmerin
4	Conducteur d'engins de chantier de travaux publics	Conducteur	Conducteur/conductrice d'engins de construction	Baugerätführer/Baugerätführerin
5	Construction bâtiment gros œuvre	Maçon	Maçon	Maurer / Stahlbetonbauer
6	Construction en maçonnerie et béton armé	Maçon	Maçon	Maurer / Stahlbetonbauer
7	Couvreur	Couvreur	Couvreur	Dachdecker
8	Etanchéité du bâtiment et des travaux publics	Etanchéiste	Technicien chargé de l'étanchement des bâtiments	Bauwerkabdichter
9	Electrotechnique Option : équipements et installations	Electricien	Monteur en installations électriques	Elektroinstallateur
10	Menuisier	Menuisier	Ouvrier en menuiserie	Tischler
11	Métier de la pierre	Tailleur de pierre	Conducteur de machine à traiter les pierres de taille	Steinmetz / Naturwerksteinmechaniker
12	Métallier	Métallier	Mécanicien/mécanicienne de la construction, options technique de la menuiserie métallique et des constructions navales	Konstruktionsmechaniker/ Konstruktionsmechanikerin
13	Microtechnicien	Microtechnicien	Mécanicien(ne) de précision	Feinwerkmechaniker/Feinwerkmechanikerin
14	Monteur en équipements sanitaires	Plombier	Installateur eau et gaz	Gas und Wasserinstallateur
15	Monteur en installations de génie climatique	Chauffagiste	Installateur chauffage et climatisation	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer
16	Monteur dépanneur en froid et climatisation	Frigoriste	Installateur de systèmes frigorifiques	Lüftungsbauer
17	Mécanicien d'usinage	Usineur	Mécanicien d'industrie	Industriemechaniker
18	Peintre applicateur de revêtements	Peintre	Peintre	Maler und Lackierer
19	Plâtrerie et plaques	Plâtrier/monteur de cloisons sèches	Monteur en cloison sèche	Trockenbaumonteur/ Trockenbaumonteurin
20	Réparateur automobile	Réparateur automobile	Mécanicien automobile	Kfz-Mechaniker
21	Photographe Options 1, 2 et 3	Photographe	Photographe	Fotograf/Fotografin
22	Restaurant	Technicien de restauration	Technicien de la restauration/ Technicienne de la restauration	Restaurantfachmann/ Restaurantfachfrau

Gemeinsame Erklärung von 2004 zur generellen Vergleichbarkeit von deutschen und französischen Berufsabschlüssen

Gemeinsame Erklärung des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, der Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers für Bildung, Hochschulwesen und Forschung der Französischen Republik auf dem Gebiet der beruflichen Bildung über die generelle Vergleichbarkeit von französischen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung und deutschen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung sowie Schulrecht der Länder.

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland auf deutscher Seite und der Minister für Bildung, Hochschulwesen und Forschung der Französischen Republik auf französischer Seite.

- im Geiste des Vertrages vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie der Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 2003 des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags,
 - im Sinne der Ziele des Abkommens vom 16. Juni 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen in der beruflichen Bildung,
 - unter Bezugnahme auf die Gemeinsame Erklärung vom 19. September 1997 des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit und des Ministers für nationale Erziehung, Forschung und Technologie der Französischen Republik über die Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung,
 - sowie die Gemeinsame Erklärung vom 18. September 2003 des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers für Jugend, Erziehung und Forschung der Französischen Republik über Fortschritte der Arbeiten auf dem Gebiet der Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung,
 - in dem Bestreben, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und ihre Mobilität in Ausbildung und Beruf in einem zusammenwachsenden Europa weiter zu fördern,
 - in Würdigung der Erfahrungen der Regierungen aus der Zusammenarbeit und dem daraus gewonnenen Vertrauen in die Qualität der im Bildungswesen des Partnerlands erlangten beruflichen Abschlüsse,
 - in dem Wunsch, das wechselseitige Verständnis von Qualifikationen der beruflichen Ausbildung zu erleichtern und deren Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt im Partnerland zu verbessern,
 - in dem Bestreben, die bisherigen Instrumente für Transparenz und Vergleichbarkeit den auf stetige Aktualisierung ausgerichteten beruflichen Qualifizierungssystemen beider Länder anzupassen, erklären, dass nach gemeinsamer Auffassung
 - das französische *certificat d'aptitude professionnelle* (CAP) als Abschlusszeugnis einer französischen Berufsfachschule vergleichbar sei mit einem in der dualen Berufsausbildung mit einer Regelausbildungsdauer von zwei Jahren nach § 25 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung erhaltenen deutschen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung
 - und das französische *Brevet professionnel* sowie das französische *Baccalauréat professionnel* vergleichbar seien mit einem in der dualen Berufsausbildung mit einer Regelausbildungsdauer von drei bis dreieinhalb Jahren nach § 25 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung erhaltenen deutschen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung sowie einem gleichwertigen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung nach dem Schulrecht der Länder der Bundesrepublik Deutschland, entsprechend dem vom Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegebenen Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe.
- Beide Seiten weisen darauf hin,
- dass sich diese Gemeinsame Erklärung zur generellen Vergleichbarkeit der genannten Abschlusszeugnisse in der Berufsausbildung auf die grenzüberschreitende berufliche

Mobilität beim Zugang zum Arbeitsmarkt und auf die Möglichkeit der Fortführung in der beruflichen Weiterbildung im Partnerland beziehe,

- und dass sie diese Gemeinsame Erklärung unverzüglich den Sozialpartnern, Kammern und Verbänden nach Maßgabe der im jeweiligen Land üblichen Verfahren übermitteln sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürgern beider Länder in deutscher beziehungsweise französischer Sprache entsprechend in geeigneter Weise über die sich dadurch für sie ergebenden Möglichkeiten informieren wollen.

Beide Seiten beabsichtigen weiterhin, auf diese Gemeinsame Erklärung in Diskussionen in der Europäischen Union, die sich mit Fragen der Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlusszeugnissen in der Berufsbildung befassen, aufmerksam zu machen.

Diese Gemeinsame Erklärung wird in zweifacher Ausfertigung, jeweils in deutscher und französischer Sprache, unterzeichnet

Berlin, den 26. Oktober 2004

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages
über die deutsch-französische Zusammenarbeit
Der Minister für Bildung, Hochschulwesen und Forschung der Französischen Republik
Die Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland

Gemeinsame Erklärung

des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im
Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit,
der Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland

und

des Ministers für Bildung, Hochschulwesen und Forschung
der Französischen Republik

auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

über die generelle Vergleichbarkeit
von französischen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung
und
deutschen Abschlusszeugnissen in der Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz,
Handwerksordnung sowie Schulrecht der Länder

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Bundesministerin für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland auf deutscher Seite und der Minister für Bildung, Hochschulwesen und Forschung der Französischen Republik auf französischer Seite

- im Geiste des Vertrages vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie der Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 2003 des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags,
- im Sinne der Ziele des Abkommens vom 16. Juni 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen in der beruflichen Bildung,
- unter Bezugnahme auf
 - die Gemeinsame Erklärung vom 19. September 1997 des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit und des Ministers für nationale Erziehung, Forschung und Technologie der Französischen Republik über die Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung,
 - sowie die Gemeinsame Erklärung vom 18. September 2003 des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers für Jugend, Erziehung und Forschung der Französischen Republik über Fortschritte der Arbeiten auf dem Gebiet der Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung,
- in dem Bestreben, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und ihre Mobilität in Ausbildung und Beruf in einem zusammenwachsenden Europa weiter zu fördern,
- in Würdigung der Erfahrungen der Regierungen aus der Zusammenarbeit und dem daraus gewonnenen Vertrauen in die Qualität der im Bildungswesen des Partnerlands erlangten beruflichen Abschlüsse,
- in dem Wunsch, das wechselseitige Verständnis von Qualifikationen der beruflichen Ausbildung zu erleichtern und deren Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt im Partnerland zu verbessern,
- in dem Bestreben, die bisherigen Instrumente für Transparenz und Vergleichbarkeit den auf ständige Aktualisierung ausgerichteten beruflichen Qualifizierungssystemen beider Länder anzupassen,

erklären, dass nach gemeinsamer Auffassung

- das französische *certificat d'aptitude professionnelle* (CAP) als Abschlusszeugnis einer französischen Berufsfachschule vergleichbar sei mit einem in der dualen Berufsausbildung mit einer Regelausbildungsdauer von zwei Jahren nach § 25 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung erhaltenen deutschen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung
- und das französische *Brevet professionnel* sowie das französische *Baccalauréat professionnel* vergleichbar seien mit einem in der dualen Berufsausbildung mit einer Regelausbildungsdauer von drei bis dreieinhalb Jahren nach § 25 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung erhaltenen deutschen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung sowie einem gleichwertigen Abschlusszeugnis in der Berufsausbildung nach dem Schulrecht der Länder der Bundesrepublik Deutschland, entsprechend dem vom Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegebenen Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe.

Beide Seiten weisen darauf hin,

- dass sich diese Gemeinsame Erklärung zur generellen Vergleichbarkeit der genannten Abschlusszeugnisse in der Berufsausbildung auf die grenzüberschreitende berufliche Mobilität beim Zugang zum Arbeitsmarkt und auf die Möglichkeit der Fortführung in der beruflichen Weiterbildung im Partnerland beziehe,
- und dass sie diese Gemeinsame Erklärung unverzüglich den Sozialpartnern, Kammern und Verbänden nach Maßgabe der im jeweiligen Land üblichen Verfahren übermitteln sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürgern beider Länder in deutscher beziehungsweise französischer Sprache entsprechend in geeigneter Weise über die sich dadurch für sie ergebenden Möglichkeiten informieren wollen.

Beide Seiten beabsichtigen weiterhin, auf diese Gemeinsame Erklärung in Diskussionen in der Europäischen Union, die sich mit Fragen der Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlusszeugnissen in der Berufsbildung befassen, aufmerksam zu machen.

Diese Gemeinsame Erklärung wird in zweifacher Ausfertigung, jeweils in deutscher und französischer Sprache, unterzeichnet.

Berlin, den 26. Oktober 2004

Der Bevollmächtigte
der Bundesrepublik Deutschland
für kulturelle Angelegenheiten
im Rahmen des Vertrages über
die deutsch-französische Zusammenarbeit

Der Minister
für Bildung,
Hochschulwesen und Forschung
der Französischen Republik

Die Bundesministerin
für Bildung und Forschung
der Bundesrepublik Deutschland

Niveaustufen schulischer und alternierender Erstausbildungsgänge in Frankreich/ Vergleichbarkeit mit deutschen Schulabschlüssen

Das französische Bildungssystem ist - einschließlich der Hochschulen - hierarchisch und formal in sechs "Niveaus" gegliedert

Niveau	Abschluss		Funktion	Ausbildungsdauer in Jahren		Lebensjahr
	praxisbezogen	theoriebezogen		allgemein	und beruflich	
1 und 2	Abschluss der Universitäten und "grandes écoles"		leitende Führungsberufe	12	4 bis 5	ca. 23
3	B.T.S.	D.U.T.	mittlere Führungskräfte	9 12	5 2	20
4	B.T., Bac Pro ²⁾	B.Tn	einfache Führungskraft	9 9 9	3 4 3	18 19 18
5	C.A.P. ¹⁾	B.E.P.	qualifizierter Arbeiter/Angestellter	7 9	3 2	17
6	ohne Abschluss		unqualifizierter Abschluss	10		16

Anmerkungen:

Bac	Baccalauréat	Abitur
Bac Pro	Baccalauréat professionnel	Berufsabitur
B.C.	Brevet de Compagnon	Gesellenbrief
BEP	Brevet d'études professionnels	Berufsbildungszeugnis, Angestelltenqualifikation
BT	Brevet de technicien	Techniker
BTn	Baccalauréat de technicien	Techn. Abitur
BTS	Brevet de technicien supérieur, Bac +2	Höherer Techniker
CAP	Certificat d'aptitude professionnel	Berufsbefähigungszeugnis, nur in Frankreich
DUT	Diplôme universitaire de technologie, Bac +2	Technikerdiplom

¹⁾ vergleichbar mit einem in 2jähriger dualer Ausbildung erworbenen deutschen Abschlusszeugnis

²⁾ vergleichbar mit einem in 3 oder 3 1/2 jähriger dualer Ausbildung erworbenen Abschlusszeugnis

Verordnung zur Gleichstellung französischer Prüfungszeugnisse mit Zeugnissen über das Bestehen der Abschlußprüfung oder Gesellenprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen

PrfgZFrankrV

Ausfertigungsdatum: 16.06.1977

Vollzitat:

"Verordnung zur Gleichstellung französischer Prüfungszeugnisse mit Zeugnissen über das Bestehen der Abschlußprüfung oder Gesellenprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen vom 16. Juni 1977 (BGBl. I S. 857), die zuletzt durch die Verordnung vom 25. September 1991 (BGBl. I S. 1956) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch V v. 25. 9.1991 I 1956

Fußnote

Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 1 V v. 9.12.1983 I 1419 mWv 21.12.1983

Textnachweis ab: 24.6.1977

Maßgaben aufgrund EinigVtr vgl. PrfgZFrankrV Anhang EV

Eingangsformel

Auf Grund des § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), der durch Artikel 53 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) geändert worden ist, und unter Berücksichtigung des § 28 des Gesetzes vom 7. September 1976 (BGBl. I S. 2658) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1 Gleichstellung von Prüfungszeugnissen

Französische Prüfungszeugnisse werden den Zeugnissen über das Bestehen der Abschlußprüfung oder Gesellenprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen nach Maßgabe der in der Anlage enthaltenen Aufstellung gleichgestellt.

§ 2 Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 112 des Berufsbildungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Schlußformel

Der Bundesminister für Wirtschaft

Anlage Aufstellung der gleichgestellten Prüfungszeugnisse

(Fundstelle: BGBl. I 1985, 1760 - 1761;
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote)

Bezeichnung des französischen Prüfungszeugnisses:	Zeugnis über das Bestehen der Abschlußprüfung oder Gesellenprüfung in dem Ausbildungsberuf:
1. Certificat d'aptitude professionnelle electricien d'equipement	1. Elektroanlageninstallateur/ Elektroanlageninstallateurin
2. Certificat d'aptitude professionnelle mecanicien d'entretien	2. Betriebsschlosser/ Betriebsschlosserin
3. Certificat d'aptitude professionnelle mecanicien ajusteur	3. Maschinenschlosser/ Maschinenschlosserin
4. Certificat d'aptitude professionnelle mecanicien reparateur d'automobiles	4. Kraftfahrzeugmechaniker/ Kraftfahrzeugmechanikerin
5. Certificat d'aptitude professionnelle electricien d'automobiles	5. Kraftfahrzeugelektriker/ Kraftfahrzeugelektrikerin
6. Certificat d'aptitude professionnelle charpentier en bois: structures, escaliers, coffrages	6. Zimmerer
7. Certificat d'aptitude professionnelle constructeur en maconnerie et beton arme	7. a) Maurer b) Beton- und Stahlbetonbauer
8. Certificat d'aptitude professionnelle carreleur mosaiste	8. Fliesen-, Platten- und Mosaikleger
9. Certificat d'aptitude professionnelle platrier	9. Stukkateur
10. Certificat d'aptitude professionnelle cuisinier	10. Koch/Köchin
11. Certificat d'aptitude professionnelle employe d'hotel	11. Hotelfachmann/ Hotelfachfrau
12. Certificat d'aptitude professionnelle employe de restaurant	12. Restaurantfachmann/ Restaurantfachfrau
13. Certificat d'aptitude professionnelle coiffure option C: coiffure mixte	13. Friseur/Friseurin
14. Certificat d'aptitude professionnelle menuisier du batiment et d'agencement	14. Tischler/Tischlerin
15. Certificat d'aptitude professionnelle tailleur de pierre option A: taille option B: travaux marbriers	15. Steinmetz und Steinbildhauer/Steinmetzin und Steinbildhauerin
16. Certificat d'aptitude professionnelle boulanger	16. Bäcker/Bäckerin
17. Certificat d'aptitude professionnelle patissier-confiseur-	17. Konditor/Konditorin

- | | |
|--|---|
| chocolatier-glacier | |
| 18. Diplome de maintenance
aeronautique option: cellule,
moteur, electricite | 18. Fluggerätmechaniker/
Fluggerätmechanikerin |
| 19. Certificat d'aptitude professionnelle
mecanicien de cellules d'aeronefs | 19. Fluggerätbauer/
Fluggerätbauerin |
| 20. Brevet d'etudes professionnelles
conducteur d'appareil
option B: traitement et epuration des
eaux | 20. Ver- und Entsorger/
Ver- und Entsorgerin |
| 21. Baccalaureat professionnel des
industries chimiques et de
procedes | 21. Chemikant/Chemikantin |
| 22. Certificat d'aptitude professionnelle
assurance | 22. Versicherungskaufmann/
Versicherungskauffrau |

**Anhang EV Auszug aus EinigVtr Anlage I Kapitel XVI Sachgebiet C Abschnitt
III
(BGBl. II 1990, 889, 1135)**

Bundesrecht tritt in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet mit folgenden
Maßgaben in Kraft:

1. Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), zuletzt geändert durch
§ 19 des Gesetzes vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692), und auf Grund § 21 Abs.
1 und 2, §§ 25, 29 Abs. 1, § 43 Abs. 1 und 2, § 46 Abs. 2, § 47 Abs. 3, § 76 Abs.
2, § 77 Abs. 5, § 80 Abs. 2, § 81 Abs. 4, § 82 Abs. 2, §§ 93, 95 Abs. 4, § 96 Abs.
2 erlassene Rechtsverordnungen
mit folgenden Maßgaben:
 - a) Rechtsverordnungen nach § 21 Abs. 1 des Gesetzes bedürfen der gesonderten
Inkraftsetzung durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.
Rechtsverordnungen nach § 29 Abs. 1 und § 43 des Gesetzes bedürfen der
gesonderten Inkraftsetzung durch den Bundesminister für Wirtschaft oder den
sonst zuständigen Fachminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für
Bildung und Wissenschaft durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des
Bundesrates bedarf.
 - b) Die zuständige Stelle kann bis zum 31. Dezember 1995 Ausnahmen von den
Ausbildungsverordnungen nach § 25 des Gesetzes zulassen, wenn die durch
technische Regeln gesetzten Anforderungen noch nicht erfüllt werden können.
Die Ausnahmen sind zu befristen. Der Bundesminister für Wirtschaft oder der
sonst zuständige Fachminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für
Bildung und Wissenschaft durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des
Bundesrates bedarf, die Befugnis nach Satz 1 einschränken oder aufheben.
 - c) Die Regelungen in Ausbildungsverordnungen nach § 25 des Gesetzes über die
Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten (§ 27 des Gesetzes) werden
nicht angewendet, wenn die zuständige Stelle feststellt, daß eine solche
Ausbildung nicht möglich ist.
 - d) Bei Inkrafttreten des Gesetzes über die Inkraftsetzung des
Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen
Demokratischen Republik - IGBBiG - vom 19. Juli 1990 (GBl. I Nr. 50 S. 907)
bestehende Ausbildungsverhältnisse werden nach den neuen Vorschriften zu Ende
geführt, es sei denn, daß eine Ausbildung nach den neuen Vorschriften nicht
möglich ist oder der Lehrling eine Fortsetzung nach den bisherigen Vorschriften
ausdrücklich wünscht. Sofern die Beendigung des Lehrverhältnisses nach den
neuen Ausbildungsverordnungen im bisherigen Betrieb nicht möglich ist, sind das
zuständige Arbeitsamt und die zuständige Stelle verpflichtet, den Lehrling zu
unterstützen, einen neuen Ausbildungsbetrieb zu finden, der die Ausbildung nach
den neuen Ausbildungsverordnungen fortsetzt.

- e) Die Ausbildungszeit soll nach § 29 Abs. 3 des Gesetzes verlängert werden, soweit eine Berufsausbildung mit Abitur durchgeführt wird.
- f) Die Anwendung der §§ 76, 77, 80 bis 82, 86, 88, 90, 92 bis 96 des Gesetzes und der auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Verordnungen bestimmt der Bundesminister für Wirtschaft oder der sonst zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.
- g) Die Betriebe sind verpflichtet, die praktische Berufsausbildung zweckentsprechend aufrecht zu erhalten, soweit dies zur Erfüllung von Lehrverträgen erforderlich ist, die vor Inkrafttreten des Gesetzes über die Inkraftsetzung des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik - JGBBiG - vom 19. Juli 1990 (GBl. I Nr. 50 S. 907) abgeschlossen worden sind. Für Betriebsakademien und andere der beruflichen Bildung dienende Einrichtungen ist dies mindestens bis zum 31. Dezember 1990 zu gewährleisten. Auf Antrag der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern ist durch die Betriebe zu prüfen, inwieweit vorhandene Kapazitäten der praktischen Berufsausbildung (insbesondere Lehrwerkstätten) als überbetriebliche Ausbildungsstätten genutzt werden oder als Treuhandvermögen an die vorgenannten Kammern zur Nutzung übertragen werden können.
- h) Solange die in §§ 79, 87, 89 und 91 des Gesetzes genannten zuständigen Stellen nicht bestehen, bestimmt das Land die zuständige Stelle.
- i) Lehrlinge, die gemäß der Systematik der Facharbeiterberufe ausgebildet werden, werden nach den bisherigen Rechtsvorschriften geprüft, soweit nicht der Bundesminister für Wirtschaft oder der sonst zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Übergangsvorschriften für Verfahren und Zuständigkeiten erläßt.
- k) Die am Tage des Wirksamwerdens des Beitritts laufenden Prüfungsverfahren in der beruflichen Fortbildung und beruflichen Umschulung werden nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt.